Pressemitteilung: Antrag von Grünen und Freien Wählern im Ortschaftsrat Durlach

Straßenprostitution in der Ottostraße - ein Problem für Anwohner und anliegende Firmen

In einem gemeinsamen Antrag im Durlacher Ortschaftsrat setzen sich die Fraktionen der Grünen und der Freien Wähler für eine Behandlung der Probleme ein, die durch die Straßenprostitution in Durlach-Aue bestehen.

Bei einem Treffen von Anwohner:innen und Mitarbeiter:innen benachbarter Firmen, welches bereits Anfang April stattfand, wurden die Belastungen thematisiert, die durch die Straßenprostitution tagtäglich entstehen. Hierzu eingeladen hatte die Bürgerinitiative gegen Prostitution. Ulrike Schulte, SPD-Vorstand Durlach und Aktivistin der Bürgerinitiative, betont: „Es ist uns ein Anliegen, die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zu ihrer aktuellen Situation zu hören." Roland Schwarz, ebenfalls Aktiver der Bürgerinitiative, hatte das Treffen organisiert: „Die Anwohner berichteten bei dem Treffen der Bürgerinitiative von ihrer aktuell schwierigen Situation durch die Straßenprostitution."

Fast 40 Anwohner:innen folgten der Einladung. Bei dem Termin wurden die verschiedensten persönlichen Einschränkungen und Belastungen durch die Straßenprostitution geschildert. Stolz berichteten sie auch davon, wie sie 2014 durch gemeinsames Engagement erreicht haben, dass die Straßenprostitution zwischen sechs Uhr morgens und zweiundzwanzig Uhr abends nicht mehr stattfinden dürfe.

Allerdings klagen sie bei dem Treffen: „Das Gebiet der Straßenprostitution hat sich enorm ausgeweitet." Neben der Ottostraße würden inzwischen auch die Fiducia-, Ellmendinger-, Ostmark- und Killisfeldstraße dafür genutzt. Seit vielen Jahren versuchen sie mit dieser Problemlage vor ihren Haustüren zurecht zu kommen.

Mehrere Anwohnerinnen berichteten: „Die sexuellen Dienstleistungen werden in der Regel in PKWs oder LKWs auf Parkplätzen oder Feldwegen in der unmittelbaren Umgebung erbracht." Dadurch seien nächtliche Lärmbelästigungen sowie ein hohes Müllaufkommen (z.B. benutzte Kondome) die Regel.

Auf der Straße würden selbst minderjährige Anwohnerinnen von Freiern angesprochen. Anwohnern oder Mitarbeitern der anliegenden Firmen würden auf dem Nachhauseweg von den Prostituierten sexuelle Dienstleistungen angetragen. Mitarbeiterinnen der angrenzenden Firmen werden auf ihren Arbeitswegen zur Straßenbahnhaltestelle angesprochen, als seien sie Prostituierte. Der öffentliche Raum würde deswegen, besonders zu Fuß - soweit es gehe - gemieden.

Während des Prostitutionsverbots in der Coronazeit habe sich der Prostitutionsbetrieb in die Unterkunft der Straßenprostituierten verlagert. Auch während dieser Zeit, seien alle vier bis fünf Wochen die Prostituierten ausgetauscht worden.

Zahide Yesil, Ortschaftsrätin der Freien Wähler fragt: „Wie kann es sein, dass trotz des Prostitutionsverbots während der Coronazeit, Prostitution in Durlach stattfinden konnte?“

Eine Anwohnerin antwortet: „Wir hatten eine Nummer, wo wir anrufen sollten. Wenn wir angerufen haben, haben sie gesagt, sie kümmern sich darum. Leider haben wir davon nichts gemerkt. Es ging immer so weiter.“

Margot Isele, Ortschaftsrätin der Grünen, betont das Ziel des Antrags: „Wir unterstützen Anwohner:innen und anliegende Firmen in ihrem berechtigten Wunsch auf soziale Teilhabe und unbehelligten Aufenthalt in ihrem unmittelbaren öffentlichen Nachbarschaftsraum.“

Die beiden Fraktionen beantragen zu diesen Entwicklungen eine Berichterstattung der AG Rotlicht, dem Ordnungsamt und dem Polizeirevier Durlach. Insbesondere ist von Interesse, was im Einzelnen unternommen wird, um die zuvor erwähnten Problematiken einzudämmen.

Mitteilung an die Presse der Ortschaftsratsfraktionen Bündnis 90/Grüne und Freie Wähler
30. Mai 2023